

## **Sessionsbericht September 2018 der SP-Delegation des Seebezirks**

**Längeres Nachtleben in Freiburg:** Fast einstimmig hat der Grosse Rat den Staatsrat beauftragt, die Bedürfnisklausel für Nachtbetriebe aufzuheben und längere Öffnungszeiten zu prüfen. Es wurde geltend gemacht, dass Freiburg eine diesbezügliche Lockerung benötige, ansonsten Nachtschwärmer wegen mangelnden Angebots in Freiburg nach Bern und Lausanne ausweichen würden.

**Zweisprachigkeit:** Statt in Sachen Zweisprachigkeit willige Betriebe mit einem Label auszuzeichnen zieht der Staatsrat vor, auf Freiwilligkeit zu bauen und andere Wege zur Förderung der Zweisprachigkeit zu gehen. Es wurde betont, dass sich die Offenheit der französischsprachigen Freiburgerinnen und Freiburger gegenüber der deutschsprechenden Minderheit seit der Schaffung der neuen Kantonsverfassung im Jahr 2004 verbessert habe. Die junge Generation wird sich mehr und mehr bewusst, dass die Kenntnis beider Sprachen die Chancen auf dem Arbeitsmarkt deutlich erhöht.

**HFR-Verwaltungsrat:** Mit 95 zu 1 Stimme hat der Grosse Rat entschieden, dass der bisherige, politisch zusammengesetzte Verwaltungsrat verkleinert und professionalisiert werden soll. Die Demission des bisherigen Verwaltungsratspräsidenten war abzusehen. Eine interne Evaluation hat beim Verwaltungsrat grosse Unterlassungen, fehlende Effizienz und fachliche Unkenntnis festgestellt. Er war den Problemen nicht gewachsen, stattdessen verlangte er vom Kanton hohe Summen Geld und die Senkung der Löhne des Pflegepersonals. Dagegen haben sich SP und auch die SVP dezidiert gewehrt. Wenn die Führung des Spitals mangelhaft ist und die Kosten deshalb ausufern, kann es nicht sein, dies in erster Linie mit Lohnkürzungen beim Personal verbessern zu wollen. Das engagierte Personal – dies ist zu unterstreichen – erbringt seine Aufgaben zum Wohle der Patienten nach wie vor hervorragend und wenn immer möglich in beiden Sprachen. Das HFR ist für Fachkräfte und Patienten attraktiv und soll es auch bleiben.

**Elektronische Patientendossiers:** Bereits heute erfassen Spitäler, Apotheken, Arztpraxen und Gesundheitsfachleute ihre Patientendossiers mehrheitlich elektronisch. Einstimmig hat der Grosse Rat der Einführung solcher Dossiers nach Vorgaben des Bundes zugestimmt. Dieser beteiligt sich finanziell an der Umstellung und will damit eine bessere Koordination und Versorgungssicherheit erreichen. Die SP-See-Grossrätin und Ärztin, Chantal Müller, erinnerte daran, dass das elektronische Weiterleiten der Patientendaten dem zeitaufwändigen Faxen im Interesse der Patienten klar vorzuziehen sei.

**Kampf gegen die Schwarzarbeit:** Eine Motion, die vom Staatsrat geeignete Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit verlangt, wurde vom Grossen Rat einstimmig als dringlich überwiesen. Die heute bereits angewendeten Massnahmen müssen noch verstärkt werden, weil es noch immer zu viele Schlupflöcher für Schwarzarbeit gibt. Das ist der klare Wille des Parlaments, das nicht bereit ist, dass dem Kanton wegen der Skrupellosigkeit gewisser Arbeitgeber weiterhin jährlich eine geschätzte Milliarde Franken verloren geht.

Die Grossrätinnen Chantal Müller und Bernadette Hänni